

Information



XIX. Bundesparteitag der Freien Demokraten in Freiburg

Sperrfrist: 31.1.68, 11.30^h

Rede des FDP-Bundesvorsitzenden

Walter S c h e e l

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

31. Januar 1968

- 1 -

Sie haben mich zum Parteivorsitzenden gewählt, damit wir gemeinsam in Deutschland die Demokratie verwirklichen.

Die Nachkriegszeit ist zuende - ja, für uns, aber der deutsche Bürger ist davon noch nicht benachrichtigt. Er sieht, wie zwei unbewegliche Kolosse auf tönernen Füßen sich beim Regieren gegenseitig behindern, um statt dessen gemeinsam zu verwalten. Das Ende der Nachkriegszeit wurde - und zwar schon oft und von höchster Stelle, gleichsam regierungsamtlich - verkündet. Der Bevölkerung wurde sogar ein Bewußtsein einsuggestiert, man brauche die große Koalition, um diese Ära endgültig zu liquidieren, mit ihren Schulden und Verbindlichkeiten. Am Anfang der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung stand das Verlangen nach einer Bankrotterklärung der bisherigen Politik. Uns war schon damals klar, daß mit dieser CDU eine neue Politik unmöglich war. Aus dieser Erkenntnis haben wir durch den Auszug aus der Regierung unsere Konsequenz gezogen. Aber die SPD ?

Wehner sprach von der Bankrotterklärung. Dann hätte es in dieser Situation zwei Möglichkeiten gegeben. Lassen Sie mich Ihnen ein Branchengeheimnis verraten. Ein konkursreifes Unternehmen treibt man in Wehners damaliger Wettbewerbssituation entweder zum Konkurs, um es aus dem Markt auszuschalten, oder aber man steckt sein eigenes Potential materiell und personell in den Betrieb, damit das Geschäft wieder blüht. Das ist der Ihnen bekannte Unterschied zwischen Borgward und BMW. Im so gegebenen Dilemma fuhr Kiesinger als guter Stern auf allen Straßen längs der Talsohle auf der Suche nach neuen Gipfeln davon.

Die Aufgabe, die Nachkriegszeit zu liquidieren, war wirklich gestellt. Den Weg dazu voranzugehen, war die Aufgabe der großen Koalition, war ihre einzige Rechtfertigung. Es klang auch zuerst so, als ob die große Koalition gerade an dieser Aufgabe ihre Bewährung suchte. Jeder Schüler lernt heute, daß Energie das Quadratprodukt von Masse und Beschleunigung ist - hier blieb

- 2 -

es bei der Masse. Es klang zunächst anders; die Regierungserklärung verhiess in neuer Sprache neue Taten. Wir standen nicht an, das zu begrüßen. Aber der 6. Dezember der Regierungsbildung war ein Nikolaustag.

Wir waren zwar skeptisch, aber wir waren sogar bereit, unsere eigenen Erfahrungen mit diesem Koalitionspartner hintanzustellen. Wir, die Opposition dieses Parlaments, hätten den verheißenen Beginn einer neuen Politik im Interesse aller Deutschen unterstützt. Wir warteten also auf Taten. Wir warten noch immer!

Die alte Politik war unglaublich geworden, ihre Fortsetzung mußte bedeuten, daß die Glaubwürdigkeit der demokratischen Verfassungswirklichkeit immer mehr schwand und daß das Ansehen Deutschlands als Nation im Ausland geschädigt wurde. Das konnte nicht mit immer feiner werdenden Formulierungen überspielt werden, denen die Deckung durch entschiedenes Handeln fehlte. Die demokratische Verfassungswirklichkeit ist in diesem Augenblick auf's höchste gefährdet.

Hier stehe ich als Führer der Opposition vor Ihnen. Sie und ich, wir alle, werden daran gemessen, mit welcher Leidenschaft und Wirksamkeit wir die deutsche Bevölkerung davon überzeugen können, daß Demokratie, daß die offene Gesellschaft auch in Deutschland noch eine Chance hat. Daß das Mißtrauen in die Demokratie groß ist, zeigt die wachsende Unruhe im außerparlamentarischen Raum. Diese Warnung zum Wohl und Nutzen der Demokratie zu verstehen, ist die verpflichtende Aufgabe jeder Opposition, eine Aufgabe, die leider zu lange verwahrlost wurde.

Die Aufgabe

Als Führer der Oppositionspartei fühle ich mich nicht als irgendein erster Diener des Staates. Mein Auftrag ist es, den Bürgern zu dienen. Wir leben aber in einem Land, in dem mancher zu einem demokratisch verfaßten Staat noch ein gebrochenes Verhältnis hat. Und das zeigt sich gerade an dem mangelndem Verständnis für

die Notwendigkeit von Opposition. Wir haben die gleichsam pädagogische Aufgabe, die Notwendigkeit von Opposition augenscheinlich zu machen.

Dazu gehört:

1. dass wir die Regierung nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten messen. Wir sind verantwortlich für Kritik und Kontrolle der Regierung; wir werden sie zum Reden bringen, wo sie verschweigen möchte.
2. Wir sind nicht nur Opposition, sondern wir sind die liberale Partei in Deutschland. Wir formulieren die liberale Alternative zur gegenwärtigen Regierungspolitik, deren Ausweglosigkeit der Kanzler, dessen Autentizität für diese Auskunft wohl niemand bestreiten kann, folgendermaßen "beschreibt":

"Wenn es in der Großen Koalition Konflikte gibt, dann sind es echte Konflikte, bei denen man entweder zu einem Kompromiß kommt oder zu einer Ausklammerung der Lösung."

Wo die Koalition in ihren Kompromissen ertrinkt, oder die Lösung nur ausklammert, da wird sie angeboten. Daß wir dazu die Kraft haben, hat nicht zuletzt auch dieser Parteitag bewiesen.

3. Die dritte Aufgabe der Opposition ist für die deutsche Verfassungswirklichkeit vielleicht sogar jetzt die wichtigste. Die Unzufriedenheit ist - oder besser gesagt: sollte sein - die Treibkraft des Fortschrittes. Sie kennzeichnet die offene Gesellschaft. Wer gegen die politische Unruhe ist, ist im Grunde kein Demokrat. Es gehört zum Wächteramt der Opposition - und gerade einer liberalen Opposition -, diese Unruhe zum Nutzen der Demokratie politisch umzusetzen. Es gehört umso mehr zu diesem Wächteramt, weil die Parteien der Großen Koalition dessen Aufgabe geradezu leugnen.

Innenminister Lücke offenbarte dazu:

"Wer mit offenen Augen die Sorgen unserer Bürger hört" - was, nämlich mit offenen Augen zu hören, die Neuerung der Großen Koalition zu sein scheint - wer also so hört, "der weiß, daß man jetzt wenig Verständnis für parteipolitische Auseinandersetzung hat."

- 4 -

Hans. Schuster, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, merkte zu dieser Offenbarung an:

"Hier fehlt ebensowenig der populäre Appell an die Utopie der konfliktlosen Gesellschaft wie das Mobilisieren der bei uns immer noch virulenten Abneigung gegen die Parteien und ihre legitime Aufgabe in der parlamentarischen Demokratie."

Diesen Appell des Innenministers nehmen wir an! Wir werden das Demokratie-Verständnis des vom Verfassungsministers so verleumdeten Volkes unter Beweis stellen, indem wir ihm Gelegenheit geben, durch die Liberale Partei, durch uns, seine Stimme vernehmlich zu machen.

Wir sprechen von der offenen Gesellschaft, das verlangt, daß wir selber offen sind. Wir haben bewußt - schon zu Beginn der Opposition - uns nicht als geschlossene Gesellschaft betrachtet, sondern haben als einzige Partei diese Diskussion draußen aufgenommen. Ich selber habe mich zusammen mit Parteifreunden in den letzten Wochen an neun Hochschulen dieses Landes Baden-Württemberg jedem Argument gestellt. Ich kann Ihnen sagen, wir sind dabei nicht schlecht gefahren. Im Gegenteil, ich habe gespürt, daß hier ein positives Bedürfnis mit Händen zu greifen ist, das das Recht und die Möglichkeit zur positiven Mitgestaltung unsere Demokratie sucht. Wir hatten Erfolg. Und das war kein Erfolg, den wir mit gefälligen Formulierungen einheimsten. Ein solcher Versuch hätte mit Sicherheit zu dem Mißerfolg geführt, der ja wohl vermutlich der Erfahrungshintergrund des Demokratie-Verständnisses dieses Innenministers ist.

Allerdings gilt es zu unterscheiden: Außerparlamentarische Beunruhigung wird teilweise zur anti-parlamentarischen Opposition degeneriert. Manche glauben freilich, man könne die Grenze etwa dort ziehen, wo die heutige Jugend in ihrer haarigen Erscheinungsform den allgemeinen Protest gegen die anonyme funktionierende Gesellschaft zum Ausdruck bringt. Messen Sie mich insoweit nicht an meinem Haarwuchs; ich brauche kein Alibi.

- 5 -

Die antiparlamentarische Krise ist ein Produkt der Großen Koalition. Die Demokratie hat verlorene Söhne zu beklagen. Hier gilt es, guten Willen zu beweisen. Wir Freien Demokraten wissen im Gegensatz zu jenen, die ihren Protest in die Verwahrlosung kleiden, daß es darauf ankommt, die Demokratie für den Protest durchlässig zu machen. Die antiparlamentarische Opposition behauptet, gegen das sogenannte Establishment sei gerade diese Chance nicht mehr zu verwirklichen. Wir wissen, daß, wenn sie nicht mehr zu verwirklichen wäre, ein radikalisierender Fanatismus auf jeden Fall katastrophal wird. Gegen den, der bewußt die Katastrophe will, ist Geduld fehl am Platze. Aber zu frühe Ungeduld treibt den Prozeß der Radikalisierung voran.

Wir müssen der Gefahr auf zweierlei Weisen wehren: einmal, indem wir durch unsere politische Arbeit als Opposition beweisen, daß für uns die Demokratie lebendig ist; zum anderen dadurch, daß wir wie bisher ein offenes Ohr und wache Augen für die berechtigten Sorgen haben, wo immer und von wem auch immer sie an uns herangebracht werden. Auch wir bedürfen der ständigen Aufklärung unserer Partei durch die Begegnung mit dem politischen Bürgersinn.

Es ist wahr, die Verfassungswirklichkeit, so wie sie der Verfassungsminister sieht und beschreibt, ist bedrohlich. Sie ist umso bedrohlicher, als sie den Prozeß der Demokratisierung dieses Volkes geradezu ablehnt und damit der Unruhe die Türe weist. Liberale sind Reformer, und Reformer erübrigen jede Revolution, die jene vor die Tür gestellte antidemokratische Opposition programmiert. Die antidemokratische Opposition hat ihre Ursachen und Anlässe in der Großen Koalition. Aber ihr Haß konzentriert sich gegen die Liberalen, eben weil diese als Reformer Revolutionen sinnlos machen. Demokratie verbürgt die Evolution des Fortschritts, und wir sind die Partei, die Bürgen dieses Fortschritts. Machen wir uns darauf gefaßt, daß uns jedermann in diesem Volke dafür beim Wort nehmen kann. Stehen wir Rede und Antwort.

- 6 -

Ich sagte vorher, die erste Aufgabe der Opposition sei es, die Regierung an ihren Taten zu messen und nicht etwa an ihren schönen Formulierungen. Die Große Koalition fand bei ihrem Regierungsantritt eine schwierige Haushaltslage vor, zugegeben. Aber sensationell neu war das nicht. CDU/CSU wußten aus erster Hand auch um die wirtschaftliche Lage unseres Landes.

Es waren zwei Probleme zu lösen, zwei Zielprojektionen, wie der sprachschöpferische Wirtschaftsminister sich ausdrücken würde. Einmal ging es darum die Rezession zu beenden und eine neue Expansion einzuleiten. Zweitens mußte man die Defizite des Bundeshaushaltes ausgleichen, jene Defizite, die ihre Ursache vornehmlich in der verfehlten Politik der Jahre 1956/57 haben, der Zeit also, in der CDU/CSU mit absoluter Mehrheit eine Rentenreform benutzen, um auf Kosten der Bürger ihren Wahlsieg zu finanzieren. Die Konjunkturpolitik hatte nicht recht den Erfolg, den Professor Schiller immer kurzatmiger verhieß. Der konjunkturelle Aufschwung läßt auf sich warten, aber zu hoffen ist immer erwünscht. Das Instrumentarium für eine wirkungsvolle Konjunkturpolitik hat die Regierung. Die Anwendung der Instrumente erfolgte leider, wie man in der komplizierten Sprache schillernder Nationalökonomien sagen würde, kontraktiv.

Einen Wirtschaftsaufschwung kann man - nach gängiger Lehrmeinung - sowohl durch massive Steuersenkung, die dem Bürger mehr Kaufkraft läßt und der Wirtschaft mehr Investitionsmittel - initiieren oder entsprechend der Praxis dieser Regierung durch öffentliche Investitionen, die, weil Haushaltsmittel nicht vorhanden, auf dem leider so teuren wie kurzfristigen Kreditwege finanziert werden.

Aber sogar der Staat muß Schulden zurückzahlen.

Ohne theoretisches Vorbild war freilich der Entschluß der

- 7 -

- 7 -

Bundesregierung der öffentlichen Investitionsbemühung sozusagen kompensatorisch eine Steuererhöhung entgegenzusetzen. Solch vorbildlosem Bemühen blieb der praktische Erfolg versagt.

Öffentliche Investitionsspritzen mögen in bestimmten Bereichen stabilisierende Wirkung haben. Zu einer Freisetzung der Auftriebskräfte der Privatwirtschaft können sie nur führen, wenn die Aussicht auf Gewinn real ist.

Suggestion ist kein Ersatz für Politik, Formulierung ist kein Ersatz für Taten. Die Wirtschaft ist kritisch, nicht das Fernseh-Kräfte-Parallelogramm zwischen Strauß und Schiller kann Vertrauen schaffen, sondern nur die eindeutige Lösung der Zielkonflikte. Darum geht es in der politischen Tatsächlichkeit. Fortschreibung der Schulden ergibt keine positive Bilanz. Formulierungen allein sind Wechsel auf die Zukunft. Wenn Taten nicht folgen, sind sie ungedeckt und gehen zu Protest. Die Bürgschaft bleibt an uns allen hängen. Wird diese Methode von Dauer, ist diese Regierung nicht von Dauer. Richten wir uns, meine Parteifreunde, darauf ein, daß diese Hypothek auf uns zukommt. Die Entschuldigung des Verschuldens wird die Aufgabe der Liberalen sein.

- 8 -

Alternative Politik,

Wir wollen eine neue Politik. Die Zukunft Deutschlands braucht eine neue Politik, und sie braucht eben darum die Liberalen, sie braucht unsere Partei, um diese Politik zu artikulieren und durchzusetzen. Unsere Verfassung, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, ist liberal, sie ist die liberalste der Welt. Sie ist unsere Verfassung. Aber die Große Koalition schickt sich an, der Verfassungswirklichkeit und dem Verfassungswortlaut Gewalt anzutun. Schon das erste Jahr unserer parlamentarischen Opposition hat bewiesen, daß wir unseren Auftrag als Hüter der Verfassung, als Hüter der Bürgerrechte, ernst nehmen. Es hat bewiesen, daß wir nicht nur den Willen, sondern auch Fähigkeit und Kraft zu entfalten wußten, diesen Auftrag wirksam gerecht zu werden.

Ich neige nicht zu Prognosen; aber zur Notstandsgesetzgebung kann ich jetzt schon sagen: Entweder wird sie unserem Gesetzentwurf "zur Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung im Verteidigungsfall" täuschend ähnlich sein - das heißt praktisch identisch - oder es wird keine geben. Wir wollen den Bürger schützen; unsere Gegner wollen die Exekutive perfektionieren.

Carl Schmitt war es, der sagte, wer die Macht habe, das zeige sich im Ausnahmezustand. Das ist eine Warnung. Auch im Ausnahmezustand bleibt in der Demokratie die Macht beim Bürger, oder die Demokratie geht zum Teufel.

Die Fraktion der FDP im Bundestag hat einen Entwurf zur Strafrechtsreform vorgelegt. Dieser Entwurf wurde von Professoren erarbeitet, die man zur außerparlamentarischen Opposition rechnen muß. Nehmen Sie dieses Beispiel als Beweis dafür, daß wir nicht eitel auf irgendeine falsche Originalität aus sind, sondern vernünftige Hilfen annehmen, wenn sie sich bieten; daß wir gerade in einer solchen Wahrnehmung der Möglichkeiten unserer Oppositionsarbeit den Auftrag von Opposition verwirklichen, vernünftige Alternativen vor die gesetzgebende Versammlung zu bringen und sie so der öffentlichen, der demokratischen, der parlamentarischen Entscheidung zugänglich machen.

- 2 -

Das heißt, wir wirken tatkräftig mit an der Öffentlichkeit der politischen Demokratie. Wir haben für unseren Gesetzentwurf gegen die Notstandsabsichten der Regierung sachgerechte Hilfe auch aus dem außerparlamentarischen Raum erfahren, diese Hilfe aber in einen Vorschlag eigenen Geistes eingeformt. Wir haben den Entwurf zur Strafrechtsreform unverändert eingebracht. Das sind nur wenige Variationen dessen, was wir als Möglichkeiten und Pflichten unserer parlamentarischen Wirksamkeit realisieren.

Wir werden endlich die Beunruhigung unserer Bürger über den vietnamesischen Krieg im Parlament zur Debatte stellen, wie es dieser Parteitag beschlossen hat: Denn diese Regierung, diese Große Koalition darf zu einer Unruhe nicht schweigen, die so tief in das demokratische Selbstverständnis eingreift. Sie hat hier eine moralische Aufgabe versäumt, weil sie in diesem Fall keine Sprachregelung findet.

Nun hat diese Große Koalition ihre eigene Unmöglichkeit zum Anlaß genommen, durch eine Wahlrechtsmanipulation die geschriebene und wirkliche Verfassung unseres Landes mit dem Ziel verändern zu wollen, sich nur selber noch in die repräsentative Vertretung der deutschen Wähler zu teilen. Die Anmaßung, die daraus spricht, sich allein für würdig und fähig zu halten, den Willen des gesamten Volkes zu artikulieren, ist verräterisch. Es geht nicht mehr um Repräsentation, es geht in Wahrheit um die Versteinerung der Herrschaft festgefahrener Parteienoligarchien.

Die flinken Computer berechnen sehr vorwitzig, wie die Freie Demokratische Partei als das bei dieser Manipulation anfallende Beutegut verteilt würde. Nun, dieser Eifer ist bei all seiner Emsigkeit schlechthin töricht. Unsere Partei wird keiner noch so ausgeklügelten Wahlrechtsmanipulation zum Opfer fallen. Unsere Parteifreunde und Wähler werden das Maß der CDU/CSU nicht bis zur verfassungsändernden Mehrheit in diesem Staate voll machen.

- 10 -

Inzwischen sind auf jeden Fall die Trauben des Herrn Wehner sauer geworden. Gegen die Liberalen hat er in illustrierter Freundschaft mit Herrn Lücke seit eh und je gewütet. Er kann gar nicht verstehen, wie das eigentlich ist, ein Liberaler zu sein. Ich fürchte, selbst seine Parteifreunde Karl Schiller und Willy Brandt sind an diesem letzten Prozeß von Wehners demokratischer Verwandlung gescheitert. Herbert Wehner ist jetzt hinreichend damit beschäftigt, gegen die eigene Partei zu wüten. Vor allem er trägt die Schuld daran, daß die Sozialdemokratie sich im Stagnationsprozeß der CDU/CSU-Regierung selber verbraucht. Wehner mag wähnen, er schaufele dem deutschen Liberalismus das Grab. Aber wir alle kennen das Sprichwort: Wer anderen eine Grube gräbt ...

Liebe Parteifreunde! Der von unserem Bundeskanzler so geschätzte französische Historiker Tocqueville schrieb in seinem Werk über die Demokratie in Amerika: "Eine durchaus neue Welt bedarf einer neuen politischen Wissenschaft. Aber daran denken wir kaum: Mitten im reißenden Strom stehend, heften wir die Augen hartnäckig auf einige Trümmer, die man noch am Ufer wahrnimmt, während uns die Strömung mit sich führt und rücklings dem Abgrund zutreibt."

Eine durchaus neue Welt bedarf einer neuen politischen Wissenschaft. Sie bedarf noch mehr: sie bedarf der neuen Politik. Die Veränderungen, denen das Leben der Menschen in den letzten Jahrzehnten unterworfen war, ist ohne jeden historischen Vergleich. Die technische Veränderung der Welt hat die überkommene Gesellschaft und ihre Tradition völlig verändert. Allein um sie zu begreifen, bedarf es einer Mentalität, die sich am besten mit dem simplen Tatbestand umschreiben läßt, daß bei der Einführung der Dampflokomotive die Menschen

- 11 -

- 11 -

fürchteten - große Abhandlungen erschienen darüber -, daß eine Fortbewegung im 30- bis 40-km-Tempo gesundheitsschädigend sei. Heute ziehen Satelliten mit menschlicher Besatzung in unvorstellbaren Geschwindigkeiten durch den kosmischen Raum. Das ist gewiß nicht nur eine Sache kühnen Erfindergeistes. Es verändert die moralischen und sozialen Grundlagen des guten Alten, der Tradition mit oft unheimlicher Macht.

Was im vorigen Jahrhundert der fortschrittlichen Initiative kühner Unternehmer entsprang, deren Freiheitsbewußtsein den Anfang des politischen Liberalismus markierte, das ist uns allen gleichsam über die Köpfe gewachsen und von einer Modernität, die auch das politische Gefüge der Welt unwiderstehlich verändert. Von manchen liebgewordenen und durch ehrfürchtiges Alter geheiligten Gewohnheiten müssen wir Abschied nehmen, wollen wir uns nicht selbst von der neuen Wirklichkeit, die überall um uns herum entsteht, ausschließen. Für eine politische Partei wäre das natürlich der Tod.

Der Rückfall Europas, gemessen an der vorwärtsdrängenden Modernität der Vereinigten Staaten und - auf gewiß andere Weise - der Sowjetunion ist eine der Folgen davon, daß wir den 2. Weltkrieg und seine katastrophalen Heimsuchungen und Ergebnisse noch nicht überwunden haben. Daß das kein unwiderrufliches Schicksal ist, zeigt die Entwicklung Japans.

Daß an unser ganzes Bildungswesen enorme Anforderungen gestellt sind, das hat die Freie Demokratische Partei landauf, landab verkündet. Wir waren konsequent genug, gegen reaktionäre Schulpolitik auf dem Lande nicht nur das Volk zur Entscheidung aufzurufen (Bayern), sondern gegebenenfalls die Regierungsbeteiligung aufzukündigen (Niedersachsen).

Es bedarf hier von mir dazu keiner weiteren Ausführungen. Die Freie Demokratische Partei ist mit allem, was in diesem Land bildungspolitisch geleistet wurde, verbunden; und sie wird es nicht zulassen, daß die zaghaften Ansätze, die großen Aufgaben zu bewältigen, verkümmern.

- 12 -

Unsere größte Sorge ist im Augenblick, den Bildungsdünkel abzubauen, der immer noch im Erwerb von Titeln und Examen das höchste Glück der Erdenkinder sieht und ein Bildungsideal in all unsere Lehranstalten produziert, das nicht einmal den praktischen Erfordernissen des 19. Jahrhunderts gerecht geworden wäre. Sicher geht es darum, die Zahl der fachlich ausgebildeten Menschen auf's Höchstmögliche zu steigern. Das hat Bedeutung für die Menschen selbst, soweit es zur Wahrnehmung ihrer Freiheitschance gehört, den Erfordernissen der Zeit gewachsen zu sein. Es hat Bedeutung für die Produktivität der Gesamtwirtschaft und deren Sozialprodukt, das wiederum die Voraussetzungen leisten muß, die das moderne Gemeinwesen an diese Produktionskraft stellt.

Es geht aber um mehr. Es geht darum, daß alle Bürger dieses Landes, gleich, welchen Vorbildungsgrades, von der ungeheuren Aufgabe und Modernität der technisch industriellen Weltveränderung einen Begriff bekommen, der sie in diesem Prozeß einen bewußten Platz finden läßt. Bewußt - das heißt auch: mit voller Einsicht in die politischen Folgen, die die unerbittliche Konsequenz einer solchen dynamischen Entwicklung sind. Ein solches Bewußtsein würde jetzt zum Beispiel die Arbeiter in den Ballungsgebieten der Primär-Energieproduktion eher dazu befähigen, aus eigener Einsicht die politische Antwort auf diese Umwälzungen zu finden.

Wir wissen, daß die modernen industriellen und wirtschaftlichen Erfordernisse eine Organisation verlangen, die den Techniker im Labor - häufig unbemerkt - mit dem Marketing-Mann in seinem Büro, die die Forschung mit der Industrie und die Industrie mit ihren Märkten verbindet. Diese Prozesse sind oft sogar für die Beteiligten undurchsichtig und deswegen scheinbar gleichgültig. Sie bestimmen aber auch die soziale Wirklichkeit von immer mehr Menschen.

Es ist Aufgabe der Politik, diese soziale Wirklichkeit mit allen ihren Konsequenzen durchschaubar zu machen, damit sie sich die Menschen nicht unterwirft, sondern jeden einzelnen in den Stand setzt, sich an seiner Stelle als Mensch zu behaupten. Das Ziel einer modernen Bildungspolitik - einschließlich der Erwachsenenbildung -

muß es sein, nicht nur spezifische Handgriffe zu lehren, sondern das allgemeine Bewußtsein dahinzuführen, daß es geschieht. Nur auf diese Weise kann auch politischer Unmündigkeit abgeholfen werden.

Aber hat bisher die deutsche Politik diese Wirklichkeit überhaupt schon erfaßt? Die Organisationsstruktur der Regierung und einzelner Mammutministerien spricht nicht dafür. Die Summe der in Bonn installierten Computer ersetzt nicht deren Programmierung.

In der Tat werden die Freien Demokraten für die Leistungen, die unserer Partei in dieser Situation abverlangt werden, noch mehr als bisher moderne Organisationsformen einsetzen. Wir werden uns in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik so einspielen, daß weder für die Wissenschaftler der traurige Verdacht aufkommen muß, ihre Kenntnis würde Gegenstand parteiischer Manipulation, noch auch für die Politiker der Verdacht, Sachzwänge rangierten vor der menschlichen Fähigkeit zur Entscheidungsvorbereitung. Und wir werden die Veröffentlichung - ja, schon die Diskussion - der politischen Entscheidungen so bekannt machen, daß die Spannungen des entscheidungsbildenden Prozesses das öffentliche Interesse an der Politik, das angesichts der Großen Koalition einschlafen droht, weckt und erhält.

Aber ist es nicht schon eine verwunderliche Tatsache, daß wir eher benommen vor dem Gigantismus einer Zukunft stehen, die wir selber produzieren. Ich glaube, daß hier ein seltsamer Mangel an Phantasie waltet, den ich nicht bereit bin, als ein Alterssymptom zu verstehen. Unser Kontinent ist jung genug; man muß ihm nur die Möglichkeit geben, seine Kraft wirklich zu entfalten.

Dazu gehört es, daß wir endlich seine alte und verkrustete nationalstaatliche Struktur überwinden. Keiner der jetzigen europäischen Nationalstaaten hat den Zuschnitt, den diese Probleme erfordern. Wir haben zwar supra-nationale Verträge und Verwaltungen, aber wir haben - in letzter Zeit verstärkt - auch eine geradezu trotzigte Behauptung von Souveränitäten nationaler Provenienz, denen in Wirklichkeit längst das Potential fehlt, die anstehenden Aufgaben zu meistern.

Ein Geschichtsschreiber in 100 Jahren wird Mühe haben zu begreifen, welches Hick-hack wir zur Zeit mit dem Gesuch Großbritanniens, in die EWG einzutreten, erleben müssen. Selbstverständlich ist Großbritannien für Europa unentbehrlich, gerade auch deshalb, weil für die gesamteuropäische Entwicklung sein unersetzlicher Schatz an technisch-industrieller Erfahrung nutzbar zu machen ist.

Das Potential Europas ist den Riesenpotentialen der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und der anwachsenden Macht Asiens durchaus ebenbürtig, wenn es aus den Notwendigkeiten der industriellen und sozialen Verwandlung endlich entschlossen auch die notwendigen politischen Konsequenzen zieht. Daß das bislang nicht geschieht, schmälert auch das politische Mitspracherecht der Bürger Europas im Gesamtbereich der Weltpolitik.

Diese Weltpolitik fordert uns heraus, uns für die Aufgaben zu rüsten, die allen fortgeschrittenen Ländern mit der Entwicklung der dritten Welt zufallen. Es handelt sich dabei weder um einen ausbeuterischen Akt des merkantilen Imperialismus, noch um eine neue Aufteilung der Welt in Machtsphären, sondern vielmehr um einen Akt weltpolitischer Solidarität, den zu verweigern unmittelbar in die Katastrophe eines verzweiferten Aufstandes der hungrigen gegen die satten Völker führen würde.

Deutschland ist auf Gedeih und Verderb in diesen Prozeß der Neuorganisation der modernen Welt hineingestellt. Wir haben dabei natürlich unsere Interessen zu wahren. Aber diese Interessen sind weitgehend identisch mit der Erfüllung der hier beschriebenen Aufgabe.

Wir Deutschen haben historisch und geographisch eine besondere Verantwortung für Europa. Nicht nur Deutschland hat den Krieg verloren, Europa hat den Krieg verloren. Nicht nur Deutschland wurde geteilt, in Deutschland wurde Europa geteilt.

Umso trauriger ist es, daß ein Politiker, der auf diesem Gebiet Phantasie für die Wahrheit entwickelt und der diese Wahrheit auch ausspricht, das Fürchten lernen kann. Was wartet da nicht alles auf ihn, je nachdem: Kalter Krieger, Verzichtspolitiker oder jene

Anerkennungspartei des Herrn Bundeskanzlers, mit der er seinen Entspannungsbemühungen mit dem sogenannten "Phänomen" einen unmißverständlichen Akzent setzte. Sie kennen ja den Wortschatz, der auf diesem Felde die Politik fast unmöglich macht und deshalb in Kurs gehalten wird.

Wir sind keine schlechteren Patrioten als sonst wer hier im Land. Wenn wir uns neue Gedanken machen - und wir müssen uns neue Gedanken machen -, dann wahrhaftig nicht, um deutsche Interessen und Rechte zu verletzen, sondern um endlich den festgefahrenen Karren wieder flott zu machen. Und wenn wir unter uns leidenschaftlich die besten Mittel und Wege dazu diskutieren, dann ist das keine Zerreißprobe für die FDP. Es ist ein Zeichen dafür, daß wir die bittere deutsche Frage noch nicht abgeschrieben haben.

In der Konkurrenz der Patrioten nenne ich wahrhaftig den den besseren, der den Konflikt mit sich austrägt, und nicht jenen, der sich hinter einem allzu bewährten Wortschatz verbirgt. Auch wir haben lange Zeit gehofft, die deutsche Frage ließe sich durch die Wiedervereinigung in einem gemeinsamen Nationalstaat lösen. Aber von vornherein kamen wir in die paradoxe Lage, nach Westen die Integration zu suchen und gleichzeitig nach Osten die nationalstaatliche Restauration. Das ließ sich nicht vereinen und läßt sich nicht vereinen. Beides zusammengenommen bedeutete den Mißerfolg beider Politiken.

Das neue Wort für unsere neue Lage heißt: Entspannung. Wir begrüßen die Entspannung. Aber wenn wir bedenken, wie wenig diese Entspannung tatsächlich von uns abhängt, müssen wir zutiefst erschrecken. Jeden Tag kann der Fern-Ost-Konflikt nach Europa übergreifen; In Europa stehen sich nach wie vor USA und UdSSR unmittelbar gegenüber; ihr Konflikt setzte zu jedem Zeitpunkt der Entspannung das Ende.

Die Situation ist aber für Europa weit gefährlicher als für die Großmächte, die sich etwa in Europa ineinander verbeißen möchten. Beide, die USA wie die UdSSR, haben allen Grund und auch die Fähigkeit, ihr eigenes Territorium in einem europäischen Krieg auszusparen. Aber Europa selbst hat dazu keine Chance.

- 16 -

Ich will hier beileibe keine Schwarzmalerei betreiben. Aber es ist unsere Pflicht - gerade im geteilten Deutschland -, die Gefahren konsequent zu Ende zu denken. Es sind dieselben Gefahren, die den General de Gaulle zu seiner Politik versuchter Unabhängigkeit bewegen und den polnischen Außenminister Rapacki zu seinen Plänen für die Neutralisierung Mitteleuropas. Es ist so oder so völlig klar, daß die europäische Lage, die immer auch die deutsche Lage ist, sich so lange nicht ändert, wie wir für die europäische Binnenpolitik von der Vormacht der Großmächte und deren eigenen Interessen abhängig bleiben. Der harte Kern der Sache ist, daß über Frieden in Europa Europa selber befinden muß - aber nicht befinden kann.

Alle europäischen Staaten, die des Ostblocks eingeschlossen, haben erfahren und wissen, daß der moderne Krieg nicht mehr Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, sondern vielmehr deren katastrophales Ende. Weder die westliche Demokratie noch der kommunistische Sozialismus - niemand hat eine andere Chance als den Frieden. Das erledigt gewiß nicht den Streit und den schweren Konflikt besonders in Deutschland, aber es setzt ein gemeinsames, übergeordnetes Interesse über allem Streit, dem so die Grenzen gezogen sind.

Wir fragen uns, was können wir tun, um dieses übergeordnete Interesse zu organisieren? Wie können wir die gegenwärtige Entspannung als Chance nutzen, uns in Europa zwischen Ost und West, zwischen West und Ost, zwischen Deutschland und Deutschland zu einer gemeinsamen Politik für dieses fundamentale Interesse am Frieden zusammenzufinden? Wie können und wollen wir sie mit unserer eigenen Deutschlandpolitik beantworten? Können wir die Teilung Europas anders überwinden als so, daß wir sie gerade in unserem Land überwinden?

Wir sahen:

Die Entwicklung geht über die Möglichkeiten von Nationalstaaten unseres europäischen Kalibers hinaus. Die Zukunft kann nur in der politischen Integration Europas liegen. Die Teilung überwinden, das wäre also nicht als ein isolierter Prozeß zwischen Deutschland West und Deutschland Ost zu sehen, sondern als ein Teil des Prozesses, die Teilung Europas überhaupt zu überwinden. Das kann, isoliert, nicht gelingen.

- 17 -

Und hier ist nun dringend ein neuer Akzent zu setzen. Wir kommen nicht einmal mit unserer Entspannungspolitik wirksam weiter, wenn wir sie länger als eine Funktion der nationalstaatlichen Wiedervereinigung des Deutschen Reiches begreifen. Psychologisch ist das schlecht, weil alle unsere Nachbarn, in West und Ost, eine neue Zusammenballung Deutschlands in Europa fürchten. Praktisch ist es nicht erfolgsversprechend, weil die ^{DDR} als wesentlicher Bestandteil in den Ostblock integriert ist. Und unter der Perspektive der Zukunft ist - wie die technischen, die industriellen, die wirtschaftlichen Größenordnungen zeigen - die nationalstaatliche Lösung ungeeignet und überholt.

Ich sage das nicht leichten Herzens, und es ist schmerzlich, sich von lieb gewordenen Vorstellungen, die unser politisches Leben und Trachten entscheidend mitgeprägt haben, zu trennen. Und ich würde es auch für leichtfertig, wenn nicht sogar für wirklich verräterisch halten, wäre es nicht gerade auch mein nationaler Sinn und meine nationale Hoffnung, die mir, und wie ich hoffe auch Ihnen, den Weg in eine wirkliche Zukunft aller Deutschen weist. Dem darf die Selbstgerechtigkeit einer noch so fundierten moralischen und rechtlichen Situation nicht ausweichen, die, indem sie nur sich selbst behauptet, gerade die Wirklichkeit verfehlt und damit unsere verdamnte politische Pflicht und Schuldigkeit.

Es ist ja auch den anderen Parteiführern kein Geheimnis, daß wir weit und breit keine Hilfe haben, das Deutsche Reich wiederzuerrichten. Herr Strauß zum Beispiel hat daraufhin beschlossen, sich auf der Basis des status quo allein mit dem Westen zu arrangieren und so die antikommunistische Rhetorik noch einmal fürs Abendland zu retten. Die deutschen Erfahrungen mit dieser Rhetorik zeigen, wie weit man damit kommt. Dahinter versteckt sich die tatsächliche Kapitulation. Wir Freien Demokraten weigern uns, uns am Eisernen Vorhang des Status quo gemütlich entspannt einzurichten, den Mund womöglich voller Worte des Abscheus über die böse Diktatur, der unsere Landsleute preisgegeben sind und bleiben bis zu irgendeinem Sanktnimmerleinstag.

- 18 -

Nein, wir wollen den Status quo überwinden und nicht hinnehmen!

Wir wollen ihn in Deutschland und für Europa überwinden!

Wie sähe unsere Deutschland- und Ostpolitik aus, wenn sie sich in den Dienst einer europäischen Integration stellte, statt wie bisher vergeblich den deutschen Nationalstaat, gebildet aus Bundesrepublik und DDR, anzustreben?

Welcher Ballast an Tabu-Worten und den damit verbundenen Emotionen würde einfach nichtig. Weder die Hallstein-Doktrin - was man so darunter versteht - noch Grenzfragen (des alten Deutschen Reiches) hätten noch Sinn: Sie sind zu Argumenten des Kalten Krieges gemacht worden. Anerkennung, Nicht-Anerkennung würden bedeutungslose Worte; denn sie zehren beide von der Vorstellung nationalstaatlicher Souveränität in Europa, die es gerade zu überwinden gilt durch europäische, durch deutsch-deutsche Zusammenarbeit. Wir wollen ja nicht die DDR in ihrem jetzigen Zustand zementieren, sondern wollen gerade die nationale Herausforderung lebendig machen, die darin liegt, daß Deutschland diesseits und jenseits der Status-quo-Grenze Territorium und Mitsprache hat.

Ich mache mir keine Illusionen über die Halsstarrigkeit und spezifische Verfahrenheit auch der Ulbrichtschen Politik. Wir werden nicht von heute auf Morgen in den zweifelhaften Genuß kommunistisch-deutscher Freundschaft kommen. Ich wage aber zu sagen, daß es Ulbricht nicht möglich sein wird, die Rolle des Separatisten gegen Europa zu spielen: es wäre gegen jedes Interesse seiner Ostblocknachbarn gerichtet. Und es wäre gegen das Interesse der Bewohner der DDR, gegen die auch ein totalitärer Staat auf Dauer nicht ungestraft verstoßen kann. Es wäre auch gegen die Interessen der Sowjetunion, die wahrscheinlich immerdringender am Frieden an ihrer Westgrenze interessiert ist, wenn dieser Friede nur erst eine Garantiemacht in Europa hat: in einem Europa, in dem - ferneren Entwicklungen, kurz; der Geschichte offen - kommunistische und demokratische Regierungen ein Bündnis für den Frieden eingingen.

- 19 -

Es ist unmöglich, diplomatische Beziehungen im Ostblock aufzunehmen mit dem Ziel, die DDR zu liquidieren. Es ist möglich, diplomatischen Beziehungen im Ostblock zu nutzen mit dem Ziel, den Status quo in Europa aufzuheben: denn dieser Status quo bezeichnet kein europäisches Bedürfnis, grenzt keine europäischen Interessen gegeneinander ab: er ist die Demarkationslinie zweier Großmächte, deren Politik sich alle Europäer unterwerfen müssen.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: ich spreche hier wahrlich nicht mit antiamerikanischem Akzent, ich habe keine De Gaull'schen Ressentiments gegen Amerika. Wir sind Amerika vielmehr zu Dank verpflichtet und werden das nicht vergessen. Im Gegenteil, es gehört zu diesem Dank auf sehr konkrete Weise, daß wir Amerika helfen, sich auf seine wachsenden Aufgaben in aller Welt zurückzuziehen, Geld in Europa zu sparen, Menschen zu sparen, dadurch, daß wir uns fähig machen, unser Schicksal in diesem Erdteil wieder in die eigene Hand zu nehmen. Ich glaube auch, die Sowjetunion würde gern alle Hände frei haben, um sich so der Erschließung des eigenen Landes wie der asiatischen Bedrohung zuwenden zu können.

Vereinigung der Deutschen? Ja! Jetzt und sofort: durch die Einleitung einer Kooperation mit dem Ziel, Europa handlungsfähig, die inner-europäischen Grenzen bedeutungslos zu machen, so bedeutungslos, wie die Grenzen zwischen den EWG-Ländern schon heute sind. Ich glaube, um mehr Menschlichkeit brauchen wir uns dann nicht zu sorgen. Die Deutschen hätten für ihre verschiedenen, für ihre schwierigen Wege wieder ein Ziel und dadurch eine gemeinsame Hoffnung. *X Fnh. n. S. L 21*

Die Welt behauptet: FDP - Ruck nach links! Meine lieben Parteifreunde - eine immer kleiner werdende Welt!

Meine Parteifreunde! Als dieser Parteitag begonnen hat, da sind Spekulationen angestellt worden, was denn nun wohl hier geschehen würde, ob diese Partei ihren Standort in der Demokratie der Bundesrepublik und in der Parteienstruktur verändern würde. Man hat gerätselt, ob es einen Ruck nach links geben würde oder ob es einen Ruck nach rechts geben würde. Man hat gedeutet, ob die Wahl für die Fraktionsvorstand in Bonn ein Ruck nach links oder ein Ruck nach rechts gewesen sei.

Ich meine, meine Parteifreunde, die letzten beiden Tage haben uns bewiesen, daß es zwar einen Ruck gegeben hat, aber weder nach links noch nach rechts, sondern einen Ruck nach vorn. Wir sind ein ganz großes Stück vorwärts gekommen.

(Lebhafter Beifall.)

Dieser Parteitag hat auch bewiesen, daß wir/uns hier nicht in der Sterilität zusammengefunden haben, etwa in der Absicht, überkommene, längst sanktionierte eiserne Wahrheiten noch einmal in brillianter Formulierung uns vortragen zu lassen, sondern diese letzten Tage haben bewiesen, daß hier neue, fortschrittliche Gedanken ausgesprochen werden, daß wir miteinander diskutieren können und daß wir über die fortschrittliche Diskussion zu fortschrittlicher Politik kommen können.

Aber ein Parteitag, meine Parteifreunde, der Wahlen hat, berührt natürlich auch die Gefühle der einzelnen Parteimitglieder. Es liegt nun einmal an der Natur einer demokratischen Wahl, daß manche gewählt werden und manche nicht gewählt werden. Das läßt sich nicht vermeiden. Es liegt auch in den Unwägbarkeiten, die über solchen Wahlen nun einmal lagern, daß nicht immer

vorausschaubare Ergebnisse eintreten. Manchmal sogar bringen Wahlen in ihrem Ergebnis für die Führung einer Partei nicht eine Maximierung von Erleichterungen, sondern hier und da gewisse Erschwerungen mit sich.

Ich möchte Sie, meine Parteifreunde, bitten, daß wir alles das so betrachten, wie man in einer Partei demokratischer Art, die wir sind, Wahlen und Ergebnisse betrachten kann: als ein Element der demokratischen Willensbildung, als die notwendige Grundlage unserer politischen Aktionen. Wir sollen darüber aber nie vergessen, daß nach den Wahlen Politik nur zu machen ist, wenn wir Schulter an Schulter - die, die gewählt wurden, und die, die nicht gewählt wurden - fest zusammenstehen und unsere gemeinsamen Überzeugungen nach draußen vertreten.

(Beifall.)

Diese gemeinsamen Überzeugungen kommen in der Freien Demokratischen Partei manchmal in schweren, harten und offenen Diskussionen zustande. Diese Diskussionen sind bei uns ja nicht nur offen, sondern sie sind zuweilen recht öffentlich. Wir sollten uns davor nicht scheuen, sondern wir sollten das, was manche außerhalb dieser Partei beklagen, als unsere Stärke werten: die Stärke liberaler Menschen, die miteinander um politische Fragen ringen, die miteinander um den Fortschritt ringen, die menschlich miteinander verbunden in die Zukunft gehen wollen.

Erneuter
(Beifall.)

Meine Parteifreunde! Wir sind auf dem Wege zum politischen Erfolg. In Bremen war das erste Fanal gesetzt, nicht zuletzt durch den Einsatzwillen unserer Freunde dort. Dieser Weg auch des äußeren Erfolges, den wir ja alle schon spüren in der Begegnung mit den Bürgern, weil er von ihnen erkannt wird und erahnt

wird, - dieser Weg des äußeren Erfolges soll sich jetzt in diesem Lande Baden-Württemberg fortsetzen, Hier, wo Demokratie Tradition hat, und Tradition braucht auch die Demokratie, hier muß der Erfolgsweg sich fortsetzen, und hier wird er sich fortsetzen, wenn unsere Arbeit aufgebaut ist auf dem fundamentalen Element, das eine Gemeinschaft wie die unsere braucht, wenn sie Erfolg haben will. Das ist Vertrauen: Vertrauen zueinander, der eine zum anderen. Das schafft das Vertrauen zu uns selbst, das Selbstvertrauen, das wir zu recht haben können, wenn wir in die nächsten schweren zwei Jahre hineingehen.

Ich möchte an alle appellieren, an jeden von Ihnen, meine lieben Parteifreunde: daß wir dieses Vertrauen zueinander haben und daß wir mit Mut, mit Kraft und mit dem Optimismus, der gerechtfertigt ist, gemeinsam diesen Weg gehen. Ich bin auf Sie alle angewiesen; auf mich können Sie zählen!

(Anhaltender starker Beifall.)